

Wolfgang Thierse, Predigt am 6. Juni 2010 in der St. Matthäus-Kirche

Vom Unterscheiden politischer Lehre und Evangelium

„Aber zu Beginn ist es sehr von Nöten, die Politik vom Evangelium zu unterscheiden und die Meinung der Unerfahrenen zu widerlegen, die träumen, das Evangelium sei nichts anderes als eine politische Lehre, der gemäß die Staaten einzurichten seien.“

Dieser Satz steht in Melanchthons Werk „Comentarii in aliquot politicos libros Aristotelis“, geschrieben 1530/31.

War der junge Philipp Melanchthon in den Jahren zuvor, gewissermaßen infiziert von der Euphorie der Reformation, noch der Überzeugung, alle Lebensfragen – auch die des weltlichen Regiments – ließen sich unmittelbar beantworten im Lichte der neuentdeckten Wahrheit des Evangeliums, so änderte sich seine Einstellung unter dem Eindruck des Bauernkrieges von 1525. Die Frage nach der staatlichen Ordnung wurde wichtig angesichts der als bedrohlich empfundenen „Schwärmgeisteri“. Melanchthon wandte sich Aristoteles zu, hielt 1527 Vorlesungen zu dessen „Nikomachischer Ethik“ und gab Kommentare zu den politischen Büchern des Aristoteles heraus. Diese Hinwendung zur Aristotelischen Politik in der reformatirischen Theologie bedeutete nun faktisch eine Reduzierung des geistlichen Ordnungsanspruches, wie er damals und in der ganzen Geschichte der Kirche üblich gewesen war. Sicher hatte der Fürst nach lutherischer Auffassung sein Amt von Gott und mußte seine Amtsführung vor Gott verantworten, aber Luther empfahl doch zugleich, der Fürst solle sein Landrecht befragen, nicht Christus. Und Melanchthon meinte, im Evangelium sei „keine lehr vom gemeinen wesen“ zu finden. Beides heißt doch wohl, daß die politische Herrschaft als weltliche Aufgabe nach ihren eigenen Gesetzen zu führen sei.

Das ist uns durchaus vertraut – unter der Formel der Lutherschen „Zwei-Reiche-Lehre“. Daß man mit der Bergpredigt keine Politik machen könne, ist ein oft wiederholter Gemeinplatz. (Ob der richtig ist, soll heute nicht mein Thema sein.) Aber die Unterscheidung von Politik und Religion, die Trennung von Staat und Kirche – sie sind uns selbstverständlich, weil sie beide Ergebnis einer langen mühevollen Entwicklung seit der Reformation sind. Wir leben in Kirchen, die durch diesen die Moderne prägenden Aufklärungsprozeß hindurchgegangen sind: einen Prozeß der Individualisierung von Religion (auch deren Privatisierung) einerseits und andererseits der Säkularisierung des Gesellschaftlichen, des Politischen. Beides ging Hand in Hand. Das war auch ein Prozeß der „Mäßigung“, der „Verbürgerlichung“ von Religion, also auch von deren Entradikalisierung und Entschärfung und zugleich der Zunahme ihrer Toleranzfähigkeit – so wurde erst Religionsfrieden möglich.

Trotzdem halten wir als Christen daran fest, daß es keinen bloß geglaubten Glauben geben kann. Der gelebte christliche Glaube ist notwendigerweise auch gesellschaftliche Praxis, hat öffentlichen Anspruch, ist also im vernünftigen und weiten Sinne des Wortes auch politisch. Christlicher Glaube ist ja nicht nur das Für Wahr Halten von Glaubenssätzen, sondern

beansprucht existenzielle Verbindlichkeit – als Gegenteil von verbürgerlichter Gemütlichkeit, von Einverständnis mit dem, was wir Menschen und unser gesellschaftlicher Zustand jeweils schon sind.

Wir sprechen also von einem unausweichlichen Spannungsverhältnis zwischen Politik und Evangelium, zwischen Religion und Politik. Religion handelt vom Absoluten – Politik ist die Sphäre des Relativen, des Vorläufigen. In der Politik geht es um das Wohl, in der Religion um das Heil der Menschen. Diese Unterscheidungen gilt es festzuhalten.

Warum nun ist die Melanchthonsche Unterscheidung so wichtig, auch und gerade heute.

- In Zeiten einer – nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation – neuen Unübersichtlichkeit, ja Unordnung in der Welt;
- in einer Zeit, in der wir das Ende des ehemals so selbstverständlichen Wohlstandswachstums erleben;
- angesichts einer dramatischen Finanzmarktkrise, der Erschütterung jenes Kapitalismus, wie er sich in den letzten 20 Jahren entwickelt hatte.

Wir wissen aus der Geschichte: Zeiten der Zukunftsverunsicherungen und Ängste, der bedrohlichen Problemfülle und sozialen Nöte, der Unzufriedenheit und Ungeduld sind Zeiten besonderer politischer Verführbarkeit durch Populisten, politische Heilslehrer, Fundamentalisten, durch politische Religionen oder religiös überhöhte Politik.

Was passieren kann, wenn sich Unzufriedenheit und Angst und Verzweiflung (bei denen unten in der Gesellschaft) mit Demokratieverachtung und Maßlosigkeit und Verantwortungslosigkeit (bei denen oben in der Gesellschaft) paaren, wenn wirtschaftliche Verlierer und gesellschaftliche Eliten sich zu einer Abkehr vom demokratischen System verbünden, das hat die Geschichte des 20. Jahrhunderts gezeigt, gerade auch in Deutschland. Auch wenn sich Geschichte so nicht wiederholen wird: das Potential autoritärer, demokratiefeindlicher Haltungen ist in allen Demokratien vorhanden und es nimmt zu, wenn wirtschaftliche Modernisierungsschübe und Krisen den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.

Angesichts der Problemfülle und des Veränderungsdrucks, angesichts von Zukunftsängsten und sozialer Verunsicherung wächst bei nicht wenigen Menschen das Bedürfnis nach den einfachen Antworten und den starken Verheißungen, nach der befreienden Erlösung von der Problemlast. Aber in den Parlamenten und Regierungen sitzen keine Erlöser, sondern ganz irdische Volksvertreter, die sich um irdische Antworten auf Streitfragen, um möglichst gute Lösungen aktueller Probleme bemühen: Die Politik, die Demokratie ist die Sphäre des Relativen und nicht des Absoluten; demokratische Politik verteidigen heißt deshalb, immer wieder ernsthaft und mühsam und leidenschaftlich die notwendigen Veränderungen aussprechen, diskutieren, mehrheitsfähig machen und sie Schritt für Schritt verwirklichen; das sind alles zeitraubende, schweißtreibende, Geduld erfordernde, durch Enttäuschungen gezeichnete und gefährdete Vorgänge! Aber so ist demokratische Politik nun einmal. Mit der Befriedigung von Erlösungsbedürfnissen hat das alles wenig zu tun, eher schon mit

derer regelmäßiger bitterer Enttäuschung! Doch das ist allemal besser, als jene Vermischung von säkularisierter Religion und politischer Heilslehre, wie sie für die beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts charakteristisch war.

Demokratische Politik ist nicht identisch mit wirtschaftlichem Erfolg, sie garantiert nicht problemlos Wachstum und Wohlstandsmehrung. Sie wird allerdings oft – als Forderung, als Wunsch, als Erwartung – damit gleichgesetzt. Für die Stabilität einer Demokratie ist vielmehr soziale Gerechtigkeit eine wesentliche Bedingung, weil davon abhängt, ob die Demokratie von allen und insbesondere von den schlechter gestellten Bürgerinnen und Bürgern als für ihr Leben dienlich und sinnvoll angesehen wird. Wenn das Gerechtigkeitsempfinden vieler durch die Politik oder die wirtschaftlichen Verhältnisse oder wirtschaftlichen Akteure systematisch verletzt wird, kann weniger erwartet werden, daß die demokratischen Regeln gestützt werden. Insofern ist Gerechtigkeit eine wesentliche Legitimationsgrundlage des demokratischen Staates und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Die politische Gemeinschaft einer Demokratie wird bei allen kulturellen, weltanschaulichen, sozialen Differenzen erst durch eine elementare Übereinstimmung in Fragen der Gerechtigkeit und der Menschenwürde gestiftet, das heißt durch eine wechselseitige Anerkennung von Rechten, die es den Menschen ermöglicht, neben ihrer Rolle als konkurrierender Marktteilnehmer die Rolle des kooperierenden Bürgers einzunehmen und damit den Standpunkt des reinen Eigeninteresses hinter sich zu lassen.

Vielleicht eröffnen die Erschütterungen der aktuellen Finanzmarktkrise eine neue Renaissance von demokratischer Politik und demokratischem Staat, national und international. Die Krise beweist jedenfalls die hohe Staatsbedürftigkeit sowohl des Marktes wie der Demokratie. Der Primat demokratischer Politik gegenüber den zuvor allgewaltig propagierten „Selbsteilungskräften des Marktes“ muß und kann wiedergewonnen werden. Nutzen wir die Chance für die öffentliche Diskussion systematischer Fragen und Antworten, die über die aktuellen und notwendigen Hilfsmaßnahmen zur Krisenbehebung weit hinausgehen! Eine dieser Fragen heißt: Was alles darf (vollends) zur Ware werden, dem Markt allein überlassen werden, was nicht: Bildung, Gesundheit, Kultur, Zugang zu den natürlichen Ressourcen, innere und äußere Sicherheit? Was muß vielmehr öffentliches Gut bleiben oder wieder werden, über dessen Zugänglichkeit demokratische Politik, also fürs Gemeinwohl verantwortliche Bürger entscheiden können und dürfen und müssen – Politiker, die sich für ihre Entscheidungen vor Bürgern verantworten müssen, nicht vor Aktionären.

Und zwar entscheiden nach Maßstäben, die nicht die des Marktes, des wirtschaftlichen Erfolges sind – sondern Maßstäbe der Menschenwürde, der Gerechtigkeit, der Solidarität. Und hier kommt wieder das Evangelium ins Spiel, das keine Handlungsanweisungen für tagespolitische Fragen liefert, aber eben solche Maßstäbe!

Die frohe Botschaft des Evangeliums von der Gotteskindschaft, ja der Gottesebenbildlichkeit des Menschen, sie bietet den unhintergehbaren Maßstab, ist die tiefste Begründung für eine Gerechtigkeitspolitik, die sich aus der gleichen Würde jedes Menschen ableitet, denn jeder Mensch ist Kind Gottes. Diese frohe Botschaft ist der störrische und leidenschaftliche Einspruch gegen die Reduktion des Menschen auf seine beiden Rollen, die er auf dem Markt spielt: nämlich Arbeitskraft und Konsument zu sein. Für das Evangelium bemißt sich Wert und Würde von Menschen nicht an Leistung, Erfolg, Geldbeutel, Schönheit, Cleverness. Das Evangelium handelt von der Würde der Leidenden, der Scheiternden, der Behinderten, der Kranken, der Sterbenden, der Armen. Es ist ein befreiender Einspruch gegen die Entmoralisierung der sozialen Beziehungen, weil es ein entschiedener Einspruch ist gegen die Dominanz des Ökonomischen wie auch gegen die Absolutsetzung des Politischen.

Das macht die Unterscheidung von Evangelium und Politik, auf die Philipp Melanchthon Wert gelegt hat, so wichtig und aktuell: Wirtschaft und Politik sollen und müssen nicht heilig gesprochen werden; sie haben dienende, dem Menschen dienende Funktion; in ihnen soll vernünftig und gemeinwohlorientiert verfahren werden. Politik ist befreit von der Aufgabe, für das Heil der Menschen zu sorgen, aber sie soll sich um das Wohl der Menschen, möglichst aller, kümmern. Politik soll und kann frei sein von totalitären Ansprüchen; Politik und also Politiker sind nicht für alles zuständig – auf keinen Fall für Erlösung! Genau das aber gibt lösungsorientierter, pragmatischer Politik, demokratischer Politik ihren Ernst, ihre Würde. Und befreit und beschützt zugleich christliche Religion vor ihrem Mißbrauch zur Begründung von Parteipolitik, von politischer Macht, gar von Gewalt! Die Unterscheidung Melanchthons weist auf das Spannungsverhältnis hin, das für Politik in der Demokratie geradezu konstitutiv ist. Genau im Sinne der Melanchthonschen Unterscheidung war Alexandre de Tocqueville der Überzeugung: Demokratische Gesellschaften brauchen Religion, Despotien nicht.